

SÜDKURIER

KATHOLISCHE KIRCHE

Ein unmögliches Amt



Die deutschen Bischöfe haben einen neuen Vorsitzenden gewählt. Der Titel hört sich imposant an. Tatsächlich wird Georg Bätzing vor allem vermitteln.

VON ULI FRICKER

Der Name Limburg hatte im vergangenen Jahrzehnt keinen guten Klang. In katholischen Kreisen stand der hessische Ort als Symbol für Verschwendung, für einen maßlos gewordenen Bischof und den Schwund an Ansehen. Limburg war nicht nur Franz-Josef Tebartz-van Elst und sein architektonischer Tick, sondern ein Imageschaden, der bis heute nachwirkt. Dass nun der Nachfolger des Skandal-Bischofs zum Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz gewählt wird, ist eine Ironie der Kirchengeschichte. Vor allem aber ist es eine gute Entscheidung. Georg Bätzing, der 2016 seinem baufreudigen Vorgänger folgte, bringt die besten Voraussetzungen für dieses unmögliche Amt mit.

Dem Vorsitzenden der 68 Weihbischöfe und Ortsbischöfe geht es wie dem Nato-Generalsekretär: Er ist mehr Sekretär als kommandierender General. Er wird moderieren und dient als Sprachrohr seiner unterschiedlichen Kollegen zwischen Magdeburg und Passau. Nicht einmal autoritär darf er sein. Nach dem Kirchenrecht kann ein Bischof in seinem Sprengel alleine schalten und walten. Er wird es sich verbitten, wenn andere in sein Bistum hineinregieren, selbst wenn sie die besten Absichten hätten. Georg Bätzing steht vor der schwierigen Aufgabe, diesen Zirkel zu einigen – irgendwo zwischen Vision und Supervision.

Dabei hat die katholische Kirche guten Grund, sich nicht in internen Scharmützeln zu verzetteln. Das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Selbsttötung zeigt plastisch: Der Einfluss der Kirche ist deutlich zurückgegangen. Galt sie früher noch als Poasane des Gewissens, so wird sie heute als Flötenstimme unter vielen wahrgenommen. Das schmerzt die Verantwortlichen, weil sie sehen, dass ihre Gemeinschaft nicht nur zahlenmäßig abnimmt, sondern auch weniger Gewicht in die Waagschale werfen kann.

Die zunehmende Säkularisierung wird der neue Vorsitzende kaum aufhalten können, zumal die Kirche einen moralischen Mühlstein mitschleppt. Der Missbrauch an Kindern und Jugendlichen ist inzwischen erkannt und analysiert, aber noch nicht bewältigt. Solange dieses Kapitel nicht völlig ausgeleuchtet ist, werden sich die Bischöfe zurückhalten.

Georg Bätzing ist einfacher Bischof. Er trägt also nicht die veredelnde Silbe „Erz-“ vor dem Titel wie seine erzbischöflichen Vorgänger Robert Zollitsch und Reinhard Marx. Er bringt auch nicht das professorale, theologische Gewicht mit, wie es ein Karl Lehmann verkörperte, der mit unermüdlichem Fleiß und Brillanz das Ideal eines Sprechers der Bischöfe erst schuf – und dem es gelang, anspruchsvolle Kollegen wie Kardinal Meisner oder Johannes Dyba hinter demselben Schild zu versammeln.

Er steht für die breite Mitte

Diese Autorität schenkt nicht das Amt, man muss sie erst erwerben. Bätzing steht für den reformerischen Flügel und damit für die Mehrheit der Katholiken in diesem Land. Auch deshalb ist seine Wahl glücklich, da er keinen Flügel und keine Nische vertritt, sondern in der gefühlten Mitte zuhause ist. Der 58-Jährige will den Zölibat, möchte ihn aber freiwillig stellen. Und er steht für eine Aufwertung von Frauen in der Kirche – die der Papst in seinem jüngsten Schreiben bis auf Weiteres blockiert.

Der Bischof von Limburg startet seine Mission unter verschärften Vorzeichen. Papst Franziskus hat den Reformkurs der Gesamtkirche vorerst auf Eis gelegt. Auf das römische Hauptquartier kann Bätzing demnach nicht zählen, wenn er heiße Eisen anpacken will. Genau das ist die Aufgabe des Synodalen Weges als einer Art Zukunftswerkstatt, in der alle wichtigen Probleme zur Sprache kommen. Nach der römischen Absage an Frauenweihe und zölibatärer Lockerung wird der Spielraum dieses rein deutschen Forums schmaler. Der Synodale Weg verengt sich zum steinigem Steg im Gebirge, über den die Schafe getrieben werden. Das ist das schier unmögliche Amt, das Georg Bätzing anvertraut wird.

ulrich.fricke@suedkurier.de



Für Bodo Ramelow (Die Linke) wird es am Mittwoch wieder spannend: Wird er gewählt? Und in welchem Wahlgang? BILDER: DPA

5 Argumente... für CDU-Stimmen für Ramelow

Am Mittwoch hat die CDU die Wahl: den Linken Ramelow stützen oder für noch mehr Chaos sorgen. Das Richtige tun ist manchmal unbequem



VON ANGELIKA WOHLFROM
angelika.wohlfrom@suedkurier.de

1 Thüringen braucht endlich wieder eine Regierung. Zuletzt blieb im Bundesrat der Stuhl des Bundeslands schlicht leer – kein schöner Anblick. Der gewählte Ministerpräsident Thomas Kemmerich ist zwar noch geschäftsführend im Amt, aber es gibt kein Kabinett, die Ministerien werden von Staatssekretären gemanagt. Regieren kann man das kaum nennen.

2 Bodo Ramelow eignet sich nicht als sozialistisches Schreckgespenst. Ausgerechnet Bodo Ramelow! Der Gewerkschafter aus Mittelhessen, den man sich auch gut in der SPD vorstellen könnte und den übrigens auch die CDU-Wähler im Land für einen guten Ministerpräsidenten halten, taugt nicht zum Bürgerschreck. Zu SED-Zeiten war er noch nicht mal im Osten. Und in den vergangenen sechs Jahren hat er Thüringen nicht gerade ins Chaos gestürzt.

3 Die Alternative hatten wir schon. Die CDU trägt nach dem Fiasco um die Kemmerich-Wahl eine besondere Verantwortung. Schließlich hätte sie es in der Hand gehabt, Ramelow per Enthaltung mitzutragen. Diese Möglichkeit aber haben CDU und FDP beim letzten Versuch versemmt. Es ist ja nicht so, dass der CDU kein anderes Angebot gemacht worden wäre. Mit Christine Lieberknecht stand eine ehemalige CDU-

Ministerpräsidentin zur Verfügung. Doch auch das schlugen die Thüringer Christdemokraten aus, weil sie bei einer zügigen Neuwahl um ihre Mandate fürchten müssen.



Mike Mohring (links) wurde nach dem Wahlfiasco abgelöst: Neuer Chef der Thüringer Landtagsfraktion ist Mario Vogt.

4 Die CDU soll aufhören, mit dem Finger auf die Linke zu zeigen. Die grundlegende Abneigung der CDU gegenüber der Linke hat maßgeblich mit dem historischen Erbe zu tun: Die Linke ist Nachfolgepartei der SED. Der Begriff „Unrechtsstaat“ ist in der Partei höchst umstritten. Allerdings hat man sich durchaus distanziert von Honecker, Ulbricht & Co. Die DDR sei „am Unrecht in Politik und System“ gescheitert, heißt es auf der Website. Es habe in der DDR einen „eklatanten Mangel an Demokratie“ gegeben. Diese Auseinandersetzung kann man immer noch als unzureichend kritisieren, man kann sie aber auch anerkennen. Zumal sich die CDU selbst fragen muss, ob sie ihr Blockpartei-Dasein zu DDR-Zeiten ausreichend aufgearbeitet hat.

5 Die Gleichsetzung von rechts und links ist gefährlich. Die CDU hat sich mit ihrem Äquidistanz-Beschluss in eine schwierige Lage manövriert. Keine Zusammenarbeit mit den politischen Extremen – weder auf der rechten noch auf der linken Seite. Das ist zwar in der Theorie ein logischer Ansatz für eine Partei, die sich in der politischen Mitte verortet. Aber was ist zu tun, wenn nichts anderes mehr aufgeht? So wie jetzt in Thüringen. Stehen dann Bündnisse mit einer rechtsradikalen, fremdenfeindlichen Partei auf der gleichen Stufe wie die mit Linken? Für diesen Ernstfall taugt der Grundratsbeschluss definitiv nicht. Im Endeffekt spielt diese Selbstblockade den Extremen in die Hände. Siehe Kemmerich-Wahl.

Das lesen Sie zusätzlich online



Fünf Gründe, warum ein schneeloser Winter Vorteile hat
www.sk.de/10443872

Die Wahl in Thüringen

Der frühere Regierungschef Bodo Ramelow will sich am Mittwochnachmittag im Landtag erneut zur Wahl stellen. Vorausgegangen war das Debakel um die Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich: Vor vier Wochen war er mit den Stimmen von CDU, Liberalen und AfD ins Amt gehievt worden und nach einer Welle der Empörung kurz darauf wieder zurückgetreten. Ramelows rot-rot-grünem Bündnis fehlen im neuen Landtag vier Stimmen für eine Mehrheit. Deshalb ist er bei der Ministerpräsidentenwahl zumindest in den ersten beiden Wahlgängen auf Stimmen von CDU oder FDP angewiesen. Gegen Ramelow tritt diesmal der AfD-Fraktionschef im Thüringer Landtag, Björn Höcke, selbst an. (sk)

SO SIEHT ES UNSER KORRESPONDENT

Warum der Wahlsieg von Netanjahu Israel spaltet

Der Erfolg des Ministerpräsidenten könnte einen Korruptionsprozess gegen ihn verhindern und die Demokratie gefährden

VON CHARLES LANDSMANN

Der klare Wahlsieg von Benjamin Netanjahu könnte Israels Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie erheblich gefährden. Dies gilt nicht nur, falls es ihm gelingen sollte, eine absolute Mehrheit für eine erneute rechtsnational-ultrareligiöse Regierung zusammenzustellen. Sondern auch – wenn er eine solche für sein wirkliches Anliegen findet – eine Unterdrückung der strafrechtlichen Schritte gegen ihn, eine Verhinderung seines Korruptionsprozesses.

Der emeritierte Oberste Richter Yehohua Matza beschuldigte nach den Wahlen Netanjahu, die Rechtsstaatlichkeit, und falls er seine Attacken auf deren Verteidiger fortführe, die Demokratie als Ganzes zu gefährden. Matza steht mit dieser Meinung nicht alleine. Ganz im Gegenteil denken so fast alle Staatsrechtler und viele Kommentatoren. Noch weiter gingen im Wahlkampf etliche von Netanjahus Gegnern, die ihn in die Nähe von Erdogan rückten.

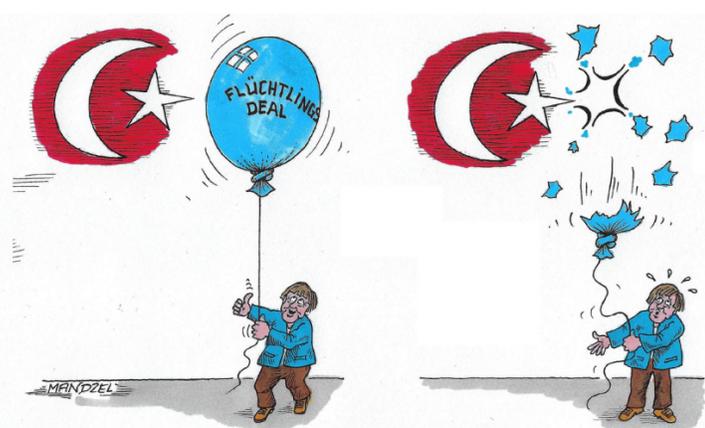
Tatsächlich beunruhigt Netanjahus Wahlsieg nicht nur deshalb. In seiner Siegesrede erwähnte er die Palästinenser mit keinem Wort, sprach nur von der Möglichkeit von Beziehungen mit arabischen Staaten. Und erhielt dafür nur mageren Beifall seiner Anhänger. Dafür umso größeren, als er sein erstes politi-

sches Ziel erwähnte: die Annektierung großer Teile des besetzten palästinensischen Westjordanlandes – mit Trumps Unterstützung. Eine Zwei-Staaten-Lösung, eine friedliche Regelung des Konfliktes wären damit unmöglich.

Spätestens der Wahlkampf, den er auslöste und führte, hat Israel gleich mehrfach gespalten und stellt daher eine echte innere Gefahr für den Staat dar. Die gesellschaftlich zurückliegenden Sefarden orientalischer Herkunft wählten rechts, die liberalen Ashkenasen befinden sich in der Opposition.



Charles Landsmann ist Israel-Korrespondent des SÜDKURIER. Er stammt aus Schaffhausen und lebt seit Jahrzehnten in Tel Aviv.



Geplatzt! MANDZEL

SÜDKURIER

Deutscher Lokaljournalistenpreis 2010 | 2012 | 2014 | 2015
European Newspaper Award 2011-2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020

Chefredakteur: Stefan Lutz
Chefredaktion: Günter Ackermann (Stellvertreter des Chefredakteurs), Andreas Ambrosius, Jörg-Peter Rau (beide Lokales)
Leitender Redakteur: Dieter Löffler Politik und Hintergrund; Dieter Löffler; Wirtschaft: Walther Rosenberger; Kultur: Dr. Johannes Bruggaier; Sport: Ralf Mittmann

Verlag und Herausgeber:
SÜDKURIER GmbH, Konstanz
Geschäftsführer: Michel Bieler-Loop, Peter Selzer
Anzeigen: Michael Schmierer **Vertrieb:** Sabine Schilling **Zustellung:** Thomas Kluzik
SÜDKURIER GmbH, Medienhaus
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz
Postfach 102 001, 78420 Konstanz
Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/ 999-1485

Abo-Service und Kleinanzeigen:
Kostenlose Servicenummer 0800/880 8000
Internet: <https://www.suedkurier.de>
<https://www.suedkurier-medienhaus.de>

E-Mail-Adressen:
redaktion@suedkurier.de
leserbriefe@suedkurier.de
service@suedkurier.de
anzeigen@suedkurier.de

kleinanzeigen@suedkurier.de
Commerzbank AG, Konstanz
IBAN DE35 6904 0045 0270 1811 00
BIC COBADE3333

Druck: Druckerei Konstanz GmbH
78467 Konstanz, Max-Stromeyer-Straße 180
Zurzeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 88 vom 01. 01. 2020 mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen und Beilagen und den Zusätzlichen Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlages gültig. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes vorgeschrieben.



„Wir sind ja keine Fremden mehr“

Was folgt aus dem Terror von Hanau? Gökay Sofuoğlu, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, will, dass Rassismus endlich ernst genommen wird – und fordert ein neues Wir-Gefühl

Herr Sofuoğlu, heute ist es zwei Wochen her, dass ein rechtsextremistischer Täter neun Personen in und vor zwei Shisha-Bars tötete. Fühlen Sie sich noch sicher in Deutschland?
Ja.

Ohne Einschränkung?
Ja, ohne Einschränkung.

Hat sich durch Hanau nichts verändert?
Was sich verändert hat, ist die Erkenntnis, dass man nicht locker lassen darf gegen rechts.

Wie geht es den Türken in Deutschland nach den Ereignissen von Hanau? Gibt es viele besorgte Anrufe bei der Türkischen Gemeinde?
Es gibt unterschiedlichste Anrufe. Es gibt welche, die sagen, dass es wichtig ist, dass wir uns mehr denn je gegen Rassismus wehren. Manche haben natürlich auch Angst und das ist auch verständlich. Bei Terroranschlägen weiß man ja nie, wen es trifft. Deshalb ist eine gewisse Verunsicherung da.

Und gibt es Menschen, die deshalb planen, das Land zu verlassen?
Das habe ich noch nicht gehört von Türken. Ich habe aber Solidaritätsschreiben von Deutschen bekommen, die sagen, dass sie sich fremdschämen und am liebsten gehen würden. Aber die Frage ist: Wohin? Wo ist man in der Welt sicher?

Inzwischen werden Moscheen im Südwesten besser geschützt. Genügt das? Attackiert wurden ja Menschen in Shisha-Bars.
Man kann nicht alle Objekte durch Polizei schützen. Deswegen brauchen wir eine andere Art von Sicherheit. Es muss eine Kommunikation zwischen Polizei und migrantischen Einrichtungen geben. Die Menschen brauchen das Gefühl, dass ihre Beschwerden und Sorgen ernst genommen werden.

War das nicht immer so?
Uns wird immer wieder berichtet, dass die Polizei nicht gekommen ist, wenn man eine Bedrohung gemeldet hat. Dass die Polizei da nicht immer sensibel genug war. Wir müssen Rechtsterrorismus und Rassismus in Deutschland allgemein ernst nehmen – auch als Sicherheitsfaktor. Nach dem, was wir über die NSU-Ermittlungen erfahren haben, hat die Polizei da in der Vergangenheit eben nicht sauber recherchiert.

Sie waren gerade bei Innenminister Horst Seehofer. Welche Bilanz ziehen Sie?
Ich habe schon den Eindruck, dass er das Thema ernst nimmt. Er redet von rassistischen Anschlägen und macht sich Gedanken, wie es mit Deutschland weitergeht. Ich glaube, er hat aus seinen



Oben: Trauerfeier für Ferhat Unvar, 22, einen in Deutschland geborenen Kurden und eines der Todesopfer des Hanauer Anschlags. **Links:** Drei Särge stehen bei einem muslimischen Trauergebet auf dem Hanauer Marktplatz vor vielen Hundert Trauernden.
BILDER: IMAGO, DPA (2)

Fehlern einiges gelernt. Bisher hatte er das Thema ja verleugnet.

Halten Sie den Sinneswandel für glaubwürdig?
Ja. Er hat nichts mehr zu verlieren. Ich denke nicht, dass er in der nächsten Legislaturperiode noch einmal Minister wird. Er will er in die Geschichte als Innenminister eingehen, der etwas erreicht hat.

Was erwarten Sie jetzt vom Staat?
Es bringt nichts, wenn es nur bei den Solidaritätsbekundungen bleibt. Es muss ganz konkrete Maßnahmen geben, mehr Kooperation mit den bedrohten Gruppen. Ich denke, Rassismus kennen am besten die Menschen, die von Rassismus betroffen sind. Außerdem muss ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss zum rechten Terror gebildet werden.

Rassismus und Ausländerfeindlichkeit spielen sich ja oft auch im Kleinen ab. Wie sind Ihre Erfahrungen da? Wie sieht dieser Alltagsrassismus aus?
Menschen, die anders aussehen, werden auf der Straße angepöbelt oder sogar geschlagen. Die Zahl ist in den

letzten Jahren drastisch nach oben gegangen. Wir brauchen politische Symbole, dass die Vielfalt positiv bewertet wird. Dass man nicht immer auf die scheinbare Bedrohung durch Flüchtlinge eingeht – wie das in der Vergangenheit von der Politik immer wieder gemacht wurde, auch von Horst Seehofer, der davon sprach, dass Migration die „Mutter aller Probleme“ sei. Solche Aussagen dürfen einfach nicht mehr fallen.

Im Nachgang nach Hanau gab es in Baden-Württemberg zwei auffällige Angriffe: Zweimal wurden Schüsse abgegeben – einmal vor dem Haus von Verwandten des Ditib-Generalsekretärs Abdurrahman Atasoy in Heilbronn. Einmal vor einer Stuttgarter Shisha-Bar. Die Polizei sieht bei letzten Schüssen keinen Zusammenhang mit Hanau... Wie denken Sie darüber?
Im ersten Fall gibt es noch einige Unklarheiten. Im zweiten muss man wohl davon ausgehen, dass es ein Nachahmungstäter war, wie das immer wieder vorkommt. Das muss man ernst nehmen, aber auch nicht überbewerten.

Welche Rolle spielt die AfD? Kann

man ihr das alles anlasten?
Die AfD hat Hass und Rassismus in die Parlamente getragen. Sie ist zum größten Teil verantwortlich dafür, dass eine Entthemung stattgefunden hat, dass viele Dinge legitimiert wurden, die vorher tabu waren: Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie.

Die Erfolge der AfD kommen nicht aus dem Nichts. Die abfälligen Äußerungen über Muslime, über Flüchtlinge sprechen offenbar etwas an, das in der Bevölkerung vorhanden ist. Woran liegt das?
Wir sind eine vielfältige Gesellschaft geworden. Darüber muss man auch sprechen – in den Schulen, schon im Kindergarten muss der Toleranzgedanke geübt werden. Aber auch bei der personellen Besetzung der Institutionen und Ämter muss sich etwas ändern. Wenn ich mir die Bundesregierung anschau: Da sind keine Menschen mit Migrationshintergrund vertreten, weder auf Ministerienebene noch bei den Staatssekretären. Das spiegelt das Bild der Gesellschaft nicht wider. Auch die Stadtverwaltungen tun das nicht. Ich denke, wir müssen strukturell einiges tun, und wir müssen Symbole entwickeln, mit

Zur Person



Gökay Sofuoğlu wurde am 21. März 1962 in Kayseri in der Türkei geboren. Seit 1980 lebt er in Deutschland. Er studierte Sozialpädagogik und arbeitete später als Sozialpädagoge in Kornwestheim und Stuttgart. Sofuoğlu ist seit Mai 2014 Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland und Landesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg. Auch in seiner Gemeinde, Fellbach bei Stuttgart, engagiert er sich politisch: Er sitzt für die SPD im Gemeinderat. Sofuoğlu ist Vater zweier Söhne. (sk)

denen wir Vielfalt in den Vordergrund stellen. Dieses Jahr sind die Griechen 60 Jahre in Deutschland, nächstes Jahr ist es bei den Türken soweit. Das könnte eine Gelegenheit sein, darüber zu reden, was diese Menschen für Deutschland geleistet haben.

Wir reden oft von Fremdenfeindlichkeit, von Fremdenhass und von Ausländern... Dabei leben viele der Betroffenen schon ihr ganzes Leben lang in Deutschland. Was löst das aus?

Wir sind ja keine Fremden mehr, teilweise können Migranten ihre Herkunftssprache gar nicht mehr. Wenn man hier aufgewachsen ist und dennoch als Fremdkörper gesehen wird, irritiert das. Schüler fragen sich, warum werde ich anders behandelt? Das führt zur Resignation und dem Gefühl, in einer Zwei-Klassen-Gesellschaft zu leben. Ich denke, wir brauchen eine andere Sprache. Wenn wir „wir“ sagen, sollte das alle einschließen, die in Deutschland leben. Wenn die Politik sagt „Wir wollen, dass Sie sich bei uns wohlfühlen“, ist das ein gut gemeinter Satz, aber es entspricht nicht der Realität, weil er ja zum Ausdruck bringt, es gibt noch immer ein „bei uns“ und ein „bei euch“. „Bei uns“ bedeutet für mich Deutschland. Es ist Zeit, dass wir ein neues Wir-Gefühl entwickeln.

Brauchen wir auch ein anderes Wahlrecht?
Ein kommunales Wahlrecht für Migranten wäre ein gutes Zeichen. Wenn alle, die, sagen wir, acht Jahre in Deutschland leben, das kommunale Leben mitgestalten könnten.

Hanau ist mitten in der Faschingszeit passiert. Und während viele Menschen getrauert haben, gingen die Umzüge und Feste unvermindert weiter. Empfinden Sie das als rücksichtslos?
Nein. Wenn ich manche Narren gehört habe, wie sie sich gegen Rassismus gestellt haben, war das schon vorbildlich. Das hätte ich mir von manchen Politikern erhofft. Ich finde, dass das Leben auch irgendwie weitergehen muss. Wir dürfen das Feld nicht den Rassisten überlassen, sie wollen ja die Gesellschaft erschüttern. Das dürfen wir nicht zulassen.

FRAGEN: ANGELIKA WOHLFROM

Nach über 30 Jahren noch immer kein Deutscher

Der Journalist Abdollahi hat seine deutsche Geschichte aufgeschrieben. Stellvertretend für viele, die sich nicht zugehörig fühlen

VON ANGELIKA WOHLFROM
angelika.wohlfrom@suedkurier.de

Der Terror in Halle, der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, Debatten über „Kopftuchmädchen“ und die ganze alltägliche Diskriminierung: Was löst das eigentlich bei Migranten in Deutschland aus? Angst, Abwehrreaktionen, das Gefühl, nirgends dazuzugehören. Michel Abdollahi (38) hat es aufgeschrieben, sein deutsches Drama. „Deutschland schafft mich. Als ich erfuhr, dass ich doch kein Deutscher bin“ heißt das topaktuelle

le Buch, das gerade bei Hoffmann und Campe erschienen ist. Eine Botschaft: Deutschland läuft Gefahr, integrierte Migranten an Parallelgesellschaften zu verlieren, weil sie sich angesichts von wachsendem Rassismus, AfD in den Parlamenten und der Flüchtlingsdebatte nicht mehr zugehörig fühlen. Abdollahi, Journalist und Künstler, hat drei Jahrzehnte Erfahrung mit Deutschland. Geboren wurde er 1981 in der iranischen Hauptstadt Teheran, mit fünf Jahren zog er mit seiner Familie nach Hamburg, wo seine Eltern vor seiner Geburt studiert hatten. Das erste Ostereiersuchen im kalten, dunklen Wald war ein traumatisches Erlebnis. Später pendelte sich das meiste ein. Abdollahi studierte, Jura und Islamwissenschaft, er wurde eine Nummer in der Poetry-Slam-Szene. Als Journalist

machte er sich durch die Panorama-Reportage „Im Nazidorf“ einen Namen, für die er einen Monat ins mecklenburgische Jamel zog, um dort mit Bewohnern ins Gespräch zu kommen. Zwischen zwei Kulturen aufgewachsen, fühlte sich Abdollahi doch als „Hamburger Jung“ und als gute „Kartoffel“, die penibel auf Mittagsruhe und Pünktlichkeit achtet, und zu Zeiten des Sommermärchens, als sich die bunte deutsche Gesellschaft auch in der Nationalmannschaft niederschlug, richtig zugehörig. Doch das Gefühl wurde seither dutzendfach infrage gestellt: Anschläge auf Flüchtlingsheime, Pegida und ihre Ableger, die Präsenz der AfD in Parlamenten und auf allen Kanälen und dass rechtsextremistische Terroristen stets nur als „Einzeltäter“ gelten – all das ging nicht spurlos an ihm vo-

rüber. Übrigens nicht nur an ihm: Abdollahi führt einem die Eskalation der enthemmten Gesellschaft vor Augen. Vielleicht liegt es an den vielen Gesprächen, die der Autor schon von Beruf wegen geführt hat. Er zeigt jedenfalls erstaunlich viel Verständnis für die Sorgen und Nöte von Menschen, die sich im modernen Deutschland heimatlos fühlen, die Fragen nach Zugehörigkeit, Identität und Glaube umtreiben. Auch er fühlt sich unwohl, wenn plötzlich keiner mehr um ihn herum deutsch spricht, gibt er zu – „nur werde ich deshalb nicht gleich rechtsradikal“. Was also tun? Abdollahi fordert statt Verdammung ein Gegenarrativ, mit dem die Heimatlosen leben können. Er fordert aber auch eine „zweite Wiedervereinigung“ von Deutschen „erster und zweiter Klasse“. Denn: „Ein abge-

hängter Migrant fühlt am Ende genauso wie ein abgehängter Ostdeutscher.“ Es wird gewiss nicht leicht, für ein neues Wir-Gefühl zu sorgen. Zuletzt wurde einiges falsch gemacht. Dass ein Innenminister Horst Seehofer die Migration als „Mutter aller Probleme“ bezeichnet hat, hat nicht nur nach rechts ausgestrahlt. Auch die Betroffenen werden das dem CSU-Mann nicht vergessen.



Michel Abdollahi, „Deutschland schafft mich“. Als ich erfuhr, dass ich doch kein Deutscher bin“, Hoffmann & Campe, 252 Seiten, 18 Euro